

2/SN-258/ME

2/SN-258/ME XVII GP - Stellungnahme (gesamtes Original)

# ÖSTERREICHISCHER LANDARBEITERKAMMERTAG

1015 Wien, Marco d'Avianogasse 1, Postfach 258, Tel. 512 23 31

Ohne Begleitschreiben an

Präsidium d.Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	12 GE 9 11
Datum:	10. NOV. 1989
Verteilt:	10. Nov. 1989 <i>erst</i>

- ☒ mit der Bitte um gefällige Kenntnisnahme
- ☐ mit der Bitte um weitere Veranlassung
- ☐ zu unserer Entlastung rückgestellt
- ☐

*H. Hagen*

Österreichischer Landarbeiterkammertag



ÖSTERREICHISCHER  
LANDARBEITERKAMMERTAG  
1015 WIEN, MARCO D'AVIANOGASSE 1  
Postfach 258, Telefon 512 23 31

Wien, am 8.11.1989

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Gleichbehandlungsgesetz geändert wird

Zl. 30.800/97-V/3/1989

An das  
Bundesministerium für Arbeit  
und Soziales

Stubenring 1  
1010 Wien

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gleichbehandlungs-  
gesetz geändert wird, nimmt der Österreichische Landarbeiterkammer-  
tag Stellung wie folgt:

Im Vorblatt zu den Erläuterungen auf Seite 15 wird ausgeführt:  
"Ansonsten erwachsen dem Bund unmittelbar keine Kosten, da Ar-  
beitsverhältnisse zum Bund vom Geltungsbereich des Gleichbehand-  
lungsgesetzes ausgenommen sind."

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, warum eigentlich -  
und dies ist nicht nur beim Gleichbehandlungsgesetz so - ver-  
schiedene Bestimmungen, die ansonsten für alle Arbeitsverhältnisse  
in Österreich gelten, für Arbeitsverhältnisse zum Bund, einem  
Land, einem Gemeindeverband oder einer Gemeinde nicht Anwendung  
finden sollen. Es wird daher angeregt, § 1 Abs 2 Z 2 und 3  
ersatzlos zu streichen.

Der Präsident:

Engelbert Schaufler e.h.

Der Leitende Sekretär:

(Dr. Gerald Mezridzky)